

Posener Zeitung

Achtundenzigster

Jahrgang.

werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei H. Ad. Schell, Poststr.
Gr. Gerber- u. Breitstr.-Ecke,
O. Kiehl, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Weichsel bei J. Mathias,
in Breslau bei J. Jodelohn
u. b. d. Inzerat-Annahmestellen
von G. L. Pade & Co.,
Saarbrücken & Pöhl, Rudolf-Weg
und „Invalidenten“.

Nr. 179

Donnerstag, 12. März.

1891

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)
86. Sitzung vom 11. März, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Die Petition der Vereine zur Wahrung des Viehhandels auf
Frachtberechnung für die Beförderung lebenden Viehes
auf Eisenbahnen nach Maßgabe des wirklich benutzten Boden-
raums, statt nach dem Flächenraum der Waggonen wird dem Un-
trage der Kommission gemäß dem Reichskanzler zur Erwägung
überwiesen.

Die Petition der Aktiengesellschaft „Union“ zu Dortmund
um Rückzahlung von gesetzlich erhobenem Rohkiesenzoll im
Betrag von 140 000 M., welche bereits im vorigen Jahre dem
Reichskanzler zur Erwägung überwiesen war, beantragt die Kom-
mission nunmehr dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu
überweisen.

Die Abgg. Müller (nl.), Guljisch (Rp.) und Dr. Ham-
macher (nl.) bitten um Annahme des Kommissionsbeschlusses, um
die der Aktiengesellschaft „Union“ widerrechtlich zugefügte Schä-
digung aufzuheben.

Geb. Rath v. Schmidt bittet um Ablehnung des Kom-
missionsantrages, da für die Prüfung der rechtmäßigen Erhebung
eines Zolles nicht die Gerichte, sondern die Verwaltungsbehörden
zuständig seien.

Das Haus beschließt dem Kommissionsantrage gemäß.
Ueber eine Petition, betr. Zulassung der Frauen
zum Studium der Medizin, beantragt die Kommission
Uebergang zur Tagesordnung.

Zwei Anträge Riebert, Barth (dfr.) und Bebel
(Soz.) wollen Ueberweisung der Petition an die Regierung zur
Berücksichtigung, ein Antrag Dr. Harmening (dfr.)
zur Erwägung.

Abg. Schrader (dfr.) betont, daß der jetzige Zustand, nach
welchem Frauen zum ärztlichen Studium nicht zugelassen werden,
der Gewerbeordnung widerspreche, welche die Ausübung des ärzt-
lichen Berufes freigebe. Gegenüber den Bestimmungen der Ge-
werbeordnung komme die Frage, ob das Reich in dieser Frage
kompetent sei, nicht in Betracht. Hier komme es vor Allem darauf
an, den Widerspruch zwischen der Gewerbeordnung und dem be-
stehenden Zustand aufzuheben. Man könne gegen die Zulassung
zum ärztlichen Studium nicht einwenden, daß weibliche Personen
kein humanistisches Gymnasium besuchen, da die Zulassung zum
Studium allgemein nur davon abhängig ist, daß man die Reife
besitzt, welche durch die Abolvierung eines Gymnasiums erlangt
wird. Es kommt also lediglich auf die Kenntnisse an, und diese
sind auch weibliche Personen zu erwerben im Stande. Zum Be-
weise der Unbefähigung können ja auch schon durch den Bundesrath
ausnahmsweise Frauen zugelassen werden. Die bisherige Thätig-
keit der weiblichen Ärzte in Deutschland lasse eine größere Aus-
dehnung derselben wünschenswerth erscheinen. Redner verweist auf
die Beispiele in anderen Ländern, in welchen Frauen sogar das
Amt von Universitätslehrern bekleiden.

Abg. Dr. Harmening (dfr.) verteidigt seinen Antrag, der
nur Erwägung wolle, weil es vor Allem darauf ankomme, daß sich
die Regierung mit dieser Frage überhaupt beschäftige. Mit einer
Bewegung, welche seit Jahren so weite Kreise ziehe, sei es Pflicht
des Reichskanzlers, sich zu beschäftigen. Die meisten Tenebrer Pro-
fessoren hätten sich für die Zulassung der Frauen zum ärztlichen
Studium ausgesprochen. Der Einwand, daß das Zulassungsstudium
männlicher und weiblicher Personen in moralischer Beziehung be-
deutlich sei, könne nicht als stichhaltig angesehen werden. Denn
wenn Verstöße vorkommen sollten, so würden dieselben wahrschein-
lich nicht von weiblicher Seite hervorgerufen werden.

Abg. Orterer (Ztr.) tritt für den Kommissionsantrag mit
der Begründung ein, daß diese Frage nicht zur Kompetenz des
Reiches, sondern der Einzelstaaten gehöre. Aber auch materiell sei
die Zulassung nicht gerechtfertigt. Denn nur ein sehr kleiner Theil,
nur die allerbegabtesten Frauen, würden sich zu dem Studium
eignen. Die Universitäten würden dadurch überfüllt werden
und zu dem bereits bestehenden würde ein weiteres gefährliches
Proletariat geschaffen. Die russischen Studentinnen stellen das
Hauptkontingent zu den Hilflisten, und das sei auch vielleicht der
Grund, weshalb die linke Seite so warm für die Zulassung der
Frauen zum Studium eintrete. (Lebhafter Widerspruch links und
bei den Sozialdemokraten.) Man habe der Petition viel zu große
Ehre erwiesen, indem man einen schriftlichen Bericht über sie er-
statte habe. (Widerpruch links. Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.) fragt den Vorredner, warum er Kom-
petenzbedenken nicht gehabt habe, als es sich um Revision der
Gewerbeordnung handelte. Aber derlei Bedenken werden nur vor-
gebracht, weil man die Sache überhaupt nicht mag, weil sie der
Mehrheit des Reichstages unsympathisch ist. Es handele sich hier
um eine schwerwiegende soziale Frage, um Befriedigung des Stre-
bens weiter Kreise von Frauen nach Selbstständigkeit. Diese Frage
sei gerade eine Frage gebildeter Kreise, und sie werde von Jahr
zu Jahr dringender. Wie könne man bei dieser Frage Konkurrenz-
begründungen als Gegengrund anführen? Das Kennzeichen der
heutigen Zeit sei ja die Konkurrenz, welche sich auf jedem Gebiete
zeige. Die Konkurrenz der weiblichen Personen werde höchstens
den guten Erfolg haben, daß die männlichen Studenten fleißiger
werden. Wie könne man ferner Anstands- und Sittlichkeitsbeden-
ken hier anführen angesichts der Thatsache, daß jährlich unter
dem Schutze des Staates und staatlich anerkannter Religionsge-
sellschaften Tausende von Frauen zu Krankenpflegerinnen ausgebildet
werden? Durch das gemeinsame Studium männlicher und weib-
licher Personen werde der rohe Ton der ersten gemildert werden.
Das Beispiel Amerikas und der Schweiz zeige, daß das Studium
der Frauen sogar wohlthätige Folgen gehabt habe. In Amerika
lebt es 18 000 Studentinnen und 3000 Ärztinnen. Auch in
Deutschland sei es nichts Neues, daß Frauen auf der Universität
studiren. In den sechziger und siebziger Jahren hätten auf der
Leipziger Universität eine Anzahl Frauen studirt. Der Kultus-
minister, der in Preußen bis heute im Amte war, habe der be-

rühmten kürzlich verstorbenen Professorin der Mathematik Kowa-
lewskaja seine besondere Anerkennung ausgesprochen. Durch die
gewaltthätige Trennung der Geschlechter verhärtete man diese Frage
und gefährde geradezu die Sittlichkeit. Redner bittet daher um
Annahme seines Antrages.

Abg. Guljisch (konf.) bezeichnet im Namen seiner Partei die
von den Kommissionsbeschlüssen abweichenden Anträge als unan-
nehmbar. Es bestehe schon jetzt eine Ueberfülle an Ärzten, welche
sich noch steigern werde, wenn man die Frauen zum Studium
zulasse. Die Frau gehöre ihrer ganzen Natur nach in das Haus
und nicht in den Kampf der Welt.

Abg. Riebert (dfr.) wundert sich, daß die Regierung bisher
keine Veranlassung genommen habe, sich mit dieser Frage zu be-
schäftigen, obgleich sie doch sonst eine solche Aufmerksamkeit auf
sozialpolitische Angelegenheiten richte. Wenn wirklich Kompetenz-
bedenken vorhanden sind, so könne ja die Prüfungsordnung für die
Ärzte revidirt werden, und er behalte sich einen entsprechenden
Antrag vor. Abg. Guljisch habe kein Recht gehabt, für die Kon-
servativen zu sprechen, hier handle es sich gar nicht um eine Partei-
frage, und auch konservative Schriftsteller haben sich dafür ausge-
sprochen. Mit dem schriftlichen Bericht habe die Kommission den
Frauen nicht eine Ehre angethan, sondern es sei ihre Pflicht und
Schuldigkeit, denn die Frauen hätten auch das Petitionsrecht. Sie
fürchten sich vor der Emanzipation der Frauen (Abg. v. Meyer-
Arnswalde: Frauenparlament!). Sie können nicht mehr mit,
Herr v. Meyer-Arnswalde, Sie fürchten sich deshalb (Große Hei-
terkeit). Man wittert hinter allen diesen Bestrebungen Emanzipa-
tionslucht. Es ist empörend, daß die Männer nicht so viel Part-
gefühl haben, daß sie den Frauen aufdrängen, sich in Fällen von
einem männlichen Arzte untersuchen zu lassen, wo es ihrer Scham
widerpricht. Das ist eine Frage des Anstandes und der Sittlich-
keit. (Beifall links.) Es kommen häufig Fälle vor, wo Frauen
eben aus Scham zum männlichen Arzte nicht gehen, wodurch oft
eine Verschlimmerung der Krankheit und Tod die Folge ist. Mit
einem bloßen Witz könne man über diese Frage nicht hinwegkom-
men, die Frage werde durch den Uebergang zur Tagesordnung
nicht erledigt werden. Die Bewegung wird immer weiter um sich
greifen. In immer weiteren Kreisen kommt man zu der Ueber-
zeugung von der Nothwendigkeit der Ärztinnen. Die Königinnen
von Rumänien und Italien haben jetzt ihre Hofärztinnen. Diese
Frage ist eine Frage der Gerechtigkeit, darum kann man die vor-
aussetzliche Ueberfüllung nicht dagegen anführen. Denn es
kommt darauf an, den Existenzbedingungen der Frauen gerecht zu
werden. Es wird auch eine Zeit kommen, wo die jetzige Mi-
norität in dieser Frage sich in eine Majorität verwandeln wird.
(Beifall links.)

Abg. Wigger (wlibl.) tritt ebenfalls entschieden für den
Antrag Barth ein. Kamentlich die Frauen auf dem platten Lande
brauchten Ärztinnen; sie wendeten sich jetzt häufig nicht an Ärzte,
sondern an Hebammen.

Abg. Dr. Harmening weist die Vorwürfe zurück, daß der
Antrag die allgemeine Frauenemanzipation bezwecke. Hinter den
Kompetenzbedenken verstecken sich bloß die prinzipiellen Gegner
der Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium.

Darauf wird über die Petition unter Ablehnung der
Anträge Dr. Barth und Dr. Harmening nach dem
Kommissionsantrage zur Tagesordnung übergegangen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr (Rück-
ständige Titel des Marineetat, Etats- und Anleihen-Gesetz,
Patent-Gesetz-Novelle).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 11. März, 10 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus setzt die zweite Berathung der Gewerbesteuer-
vorlage fort.

§§ 59—69, über welche zusammen berathen wird, bestimmen,
daß für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe
eine besondere Betriebssteuer zu entrichten ist, welche
zwischen 12—100 M. beträgt und setzen die Modalitäten der Be-
steuerung, Berufung u. s. f.

Ein Antrag Brömel will diese Paragraphen streichen.

Abg. v. Christen beantragt, daß auch Konsum-
vereine und andere Vereine der Betriebssteuer unterliegen,
welche den eigenen Bedarf der Mitglieder an Spirituosen leicht
und billig zu beschaffen suchen.

Abg. Goldschmidt (dfr.) befürwortet den Antrag Brömel
gerade im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden der Gast- und
Schankwirtschaft, welche bereits durch die Reichsgesetzgebung
scharf genug getroffen seien. Daß es gerade diesen kleinen Leuten
nicht besonders gut gehe, beweise der Umstand, daß die Schank-
stätten ihren Inhaber oft wechseln. Man weist immer auf die
moralische Seite der Sache hin. Aber es scheint, daß das Haupt-
gewicht nicht auf die Beschränkung des Trinkkonsums, sondern auf
die Vermehrung der Einnahmen gelegt würde. Durch solche Maß-
nahmen werde man die Moral durchaus nicht heben. Außerdem
beantragt Redner im Falle der Ablehnung des Antrages
Brömel in § 60 zu bestimmen, daß die Gewerbetreibenden der
niedrigsten Steuerstufe von 12 M. in der ersten Hälfte des zweiten
Monats die Steuer bezahlen sollen, während die Regierungsvor-
lage die Bezahlung in der ersten Hälfte jeden Monats verlangt.

Abg. Robert-Tornow (konf.) giebt zu, daß die Betriebs-
steuer auch den Zweck habe, das voraussichtliche Manco in den Ein-
nahmen der Gewerbesteuer zu decken. Die Steuer sei aber nicht
ungerecht, der Gewinn gerade der kleinen Schankbetriebe sei ein
sehr hoher, das beweise der Andrang zu diesen Betrieben. Diese
Betriebe würden durch die Vorlage nicht höher belastet, sondern sie
nähmen nur nicht in dem Maße an den Ermäßigungen theil wie
die anderen Gewerbe.

Abg. v. Christen (freikonf.) vertritt die Regierungsvorlage
aus finanziellen Gründen, meint aber, daß diese Steuer den mora-

lischen Nutzen nicht haben werde, welchen man sich von ihr ver-
spreche. Der Grund, warum die Kommission den untersten Steuer-
satz von 10 M. auf 12 M. erhöht habe, sei nicht klar. Darin sei
sie zu weit gegangen. Andererseits sei es unbegreiflich, warum die
gerade im Westen sich in erschreckendem Maße vermehrenden Be-
triebe, Kaffee- und ähnliche Verbindungen zur billigen Beschaffung
des Schnapfes steuerfrei sein sollen. Hier schaffe sein Antrag eine
Ausgleichung.

Abg. v. Tiedemann (Bomst, freikonf.) hält die Betriebs-
steuer für gerecht. Der häufige Wechsel der Inhaber von Schank-
stätten beweise, daß sie so viel in der kurzen Zeit verdient haben,
um dann von dem erworbenen Kapital leben zu können. Mit dem
Antrage Goldschmidt erklärt sich Redner einverstanden, der Antrag
Christen gehöre aber in den Reichstag.

Abg. Schmidt (Hohenzollern, Ztr.) bekämpft die besondere
Besteuerung der Schankwirtschaft. Sei das ausgleichende Gerechtigkeit,
wenn die Schankwirtschaft mit einer besonderen Steuer belastet wür-
den? Es gebe gar keinen Grund, diejenigen Betriebe, welche nicht
einmal soviel einbringen, daß sie gewerbesteuerpflichtig sind, darum
zu belasten, weil sie in einer Schankwirtschaft bestehen. Man
unterschätze die Geschäftskosten der Schankstätten. Der Schankwirt
habe auf das Publikum mehr Rücksicht zu nehmen, als irgend ein
anderer Gewerbetreibender, jeder Gast bringe seinen eigenen Kopf
und seine eigene Laune mit. (Heiterkeit.)

Geb. Rath Fritzing führt aus, daß die Regierung aus finan-
ziellen Erwägungen zur Einführung der Betriebssteuer gekommen
sei. Die Schankwirtschaft sei durchaus leistungsfähig. Andererseits
erfordere das ethische Interesse eine Einschränkung der Schank-
stätten. Es sei nicht die Absicht der Regierung gewesen, die Wirthe
höher zu belasten, sondern eine Verminderung der Belastung zu
vermeiden.

Abg. Lückhoff (freif.) befürwortet den Antrag v. Christen.
Abg. Bachem (Ztr.) erklärt sich gegen die besondere Be-
triebssteuer. Weder praktische noch ethische Gründe könnten ihn
dafür erwärmen. Die kleinen Wirtschaften würden doch in ihrer
Zahl wahrlich nicht herabgemindert, indem man ihnen 12 Mark
Steuer auferlege. Am allerwenigsten dürfe der Grund maßgebend
sein, daß ein Manco gedeckt werden solle. Eine solche Dedung
dürfe nicht durch eine ungerechte Belastung einer Klasse herbei-
geführt werden. Die große Ausdehnung des Schankwesens sei ja
beklagenswerth, aber Abhilfe könne nur geschaffen werden auf dem
Wege der Reichsgesetzgebung.

Geb. Rath Fritzing meint gegenüber diesen Ausführungen,
daß der Regierung die Betriebssteuer nur eines von vielen Mitteln
zur Beschränkung der Schankstätten sei. Der Antrag Christen sei
überflüssig, da Konsumvereine die Betriebssteuer selbstverständlich
zu entrichten haben, wenn sie mit Spirituosen handeln.

Abg. Dr. Ritter (frk.) bezeichnet die Betriebssteuer als ein
Aequivalent für den Vortheil der Konfessionierung, welche eine
übergroße Konkurrenz verbinde.

Abg. Brömel (dfr.) charakterisirt die Ungerechtigkeit der be-
sonderen Steuer für Gast- und Schankwirtschaft. Die Vorlage ver-
kenne die verschiedene Stellung der kleinen und großen Schank-
betriebe. Man thue einem großen Gewerbe unseres Vaterlandes
bitteres Unrecht, indem man es allgemein als unmoralisch und
volkswirtschaftlich schädlich hinstelle. Die Bude dürfe doch nicht
als Typus eines Schankbetriebes hingestellt werden. An die mitt-
leren und kleinen Wirtschaften werden ebenso wie an die großen
dieselben Ansprüche an Solidität gestellt wie an die anderen Ge-
werbe. Die Entwicklung der Gastwirtschaftsverbände zeige, daß man
einen ganz falschen, erniedrigenden Maßstab an die Vertreter des
Schankwirtschaftsgewerbes anlege. Warum ziehe man nicht die
großen Aufwendungen in Betracht, welche die Verbände zur Hebung
des Standes machen? Die neue Wirtschaftspolitik habe gerade
das Gastwirtschaftsgewerbe erheblich belastet, und da wolle man auch
jetzt noch eine besondere Belastung hinzufügen. Gerade in einem
Parlament dürfe man die Bedeutung der Gastwirtschaften für das
ganze öffentliche Leben nicht vergessen. Wie viele Lokale werden
zu wohlthätigen Zwecken unentgeltlich hergegeben? Alle diese
Seiten habe man übersehen, nur um des finanziellen Interesses
willen. Bei jeder Steuer gebe es eine Grenze, bei welcher die-
selbe erst beginne, hier aber fehle eine solche Grenze. Die Gast-
wirtschaften würden also auch jedem Steuerpflichtigen hintangestellt.
Redner bittet aus allen diesen Gründen um Annahme seines An-
trages. (Beifall links.)

Generalsekretär Burghart wendet ein, daß der Gast-
wirtschaft bisher keine Steuererleichterung verlangt habe, also
auch kein Grund sei, den bisherigen Steuerbetrag zu ermäßigen.
Die Ermäßigung dieser Leute hätte einen Ausfall von 2 Millionen
zur Folge gehabt; eine solche Ermäßigung eintreten zu lassen, sei
aber für diesen Stand selbst verwerflich.

Abg. v. Cyner (natl.) ist im Gegensatz zu seinen Aus-
führungen in der ersten Sitzung mit der Betriebssteuer prinzipiell
einverstanden. Der Andrang zu dem Schankgewerbe sei so groß,
daß dieses keinesfalls ein schlechtes sei.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag Brömel wird abgelehnt gegen die Stimmen
der Freisinnigen und einen Theil des Zentrums.

§§ 59—69 werden darauf mit einem dem Antrage Goldschmidt
entsprechenden Antrage v. Tiedemann angenommen, wo-
nach die Steuerzahlung in der ersten Hälfte jeden zweiten Monats
erfolgt; ebenso werden die §§ 70, 71 angenommen.

Zu § 72, welcher die Verletzung des Deklarationsgeheimnisses
seitens der Steuerbeamten mit einer Strafe bis zu 1500 M. oder
Gefängnis bis zu 3 Monaten belegt, die Strafverfolgung aber nur
eintreten läßt auf Antrag und sofern nicht Rückichten des öffent-
lichen Wohles entgegenstehen, liegt ein Antrag Dasbach (Ztr.)
vor, die Strafverfolgung auf Antrag der Staatsbehörde und des
Steuerpflichtigen ohne Beschränkung eintreten zu lassen.

Ein Antrag Burghardt (Lauban) will das Mindestmaß
der Strafe auf 50 M. festsetzen, während die Kommissionsfassung
dieses Maß offen läßt.

Nach unerheblicher Debatte wird § 72 unter Ablehnung aller
Anträge in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 73 (vorläufige Straffestellungen) wird in der Fassung des

Antrags Eberhard angenommen, welcher diese Bestimmungen mit den entsprechenden Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes in Einklang bringt; ebenso werden §§ 74-80 ohne Debatte angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung und Erbschaftsteuergesetz).
Schluß 2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 11. März.

Der Kaiser besuchte am Dienstag Nachmittag noch den Reichskanzler v. Caprivi. Am Mittwoch Mittag ließ der Kaiser die Berliner Garnison allarmieren und hielt mit derselben eine größere Gefechtsübung auf dem Tempelhofer Felde ab.

Der Kaiser hat, wie die „Lib. Corr.“ hört, das Entlassungsgesuch des Ministers v. G. G. G. bereits genehmigt. Der unmittelbare Anlaß zu dem Rücktritt des Ministers ist noch nicht bekannt. Anscheinend hat Herr v. G. G. es für unmöglich erkannt, das Sperrergelbgesetz noch einmal nach den Anträgen der Konservativen umzugestalten. Der Minister hat der gestern Abend abgehaltenen ersten Sitzung der Sperrergelb-Kommission nicht beigewohnt. Finanzminister Miquel, der das Gesetz neben Herrn v. G. G. unterzeichnet hat, vertritt die Regierung. Anscheinend darauf ist das Gerücht zurückzuführen, daß Herr Miquel provisorisch die Geschäfte des Kultusministeriums übernehmen werde. Die Meldung, daß der Ober-Präsident, Graf v. Zedlitz-Trützschler zum Nachfolger des Herrn v. G. G. bestimmt sei, dürfte vorläufig noch mit Vorsicht aufzunehmen sein. Wir glauben, daß Graf Zedlitz den ihm lieb gewordenen Wirkungskreis als Ober-Präsident sehr ungern aufgeben würde. Der Chef des Zivilkabinetts, Geheimrath v. Lucanus, soll es abgelehnt haben, die G. G. G. Erbschaft anzutreten. Genannt wird auch der kürzlich zum Staatssekretär im Reichsjustizamt ernannte Geheimrath Rath Bosse. Mit dem Rücktritt G. G. G. ist das Schulgesetz endgiltig beseitigt — zur lebhaften Befriedigung des Zentrums.

Der durch sein Bismarck-Interview bekannt gewordene Redakteur des nationalliberalen „Frankfurter Journals“, Julius Rittershaus, veröffentlicht unter dem Titel „Kritisches und Erlebtes“ allerhand Beiträge zu unserer Zeitgeschichte. Das „Berl. Tagebl.“, dem die Auszüge der Schrift zugegangen sind, entnimmt derselben einige Mittheilungen, welche für die Beurtheilung der innerhalb der nationalliberalen Partei herrschenden Strömungen von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung sind. Als ein vorsichtiger und erfahrener Journalist wendet sich Herr Julius Rittershaus unmittelbar nach seiner Uebernahme der Leitung des genannten Blattes, mit Umgehung aller nationalliberalen Kleingeister, an den einzigen Kopf der Partei, an Miquel, den damaligen Frankfurter Oberbürgermeister. Dieser hält denn mit seinen Wahrnehmungen keinen Augenblick hinter dem Berge. Er verrieth ihm, daß eine „starke Linkströmung“ herrsche und empfiehlt ihm daher die äußerste Objektivität namentlich gegenüber den Freisinnigen und dem Zentrum zu beobachten. Diesen wohlgemeinten Weisungen, welche sich in der That aus der ganzen politischen Vergangen-

heit Miquels ergeben, kam Herr Rittershaus getreulich nach. Allein er sollte keinen Dank dafür ernten. Mit einer gewissen schmerzlichen Empfindung bekennt er:

„Gerade diese Objektivität, die anständige und gerechte Behandlung des Gegners, verdroß die Mehrzahl der auf ihr Programm eingeschworenen Nationalliberalen auf das Empfindlichste. In anonymen Zuschriften wurde ich fast täglich heftig bestärkt, und schließlich gingen mehrere Abgeordnete sogar mit der naiven Absicht um, öffentlich zu erklären, daß sie das „Frankfurter Journal“ nicht mehr als ihr Organ ansehen. Ich nahm derartige Kritiken gelassen auf. Ich wußte, daß es eine Lieblingsidee Miquels war, die er mir gegenüber mehrmals erwähnt hat, eine Verschmelzung des rechten Flügels der deutsch freisinnigen Partei mit der nationalliberalen Partei zu erzielen. „Aber“, so pflegte Miquel vorsichtig hinzuzufügen, „wenn Sie etwas Derartiges schreiben, so darf es nicht den Anschein haben, als ob wir — die Nationalliberalen — uns anböten. Die Annäherung muß eine ungezwungene sein.“

Was nützte dem neuen Chefredakteur des nationalliberalen „Frankf. Journ.“ alle seine Klugheit, was seine Befolgung der klugen Miquelschen Winke? Nichts! Herr Rittershaus spricht es offen aus: „Mehr und mehr vergaß diese (die nationalliberale) Partei ihre liberalen Verpflichtungen.“ Sie wurde von dem mächtigen Willen Bismarcks „niedergebrückt“, und „durch die Unentschiedenheit ihrer Haltung nahm der Kredit, den sie im Lande hatte, beständig ab“. Es kam die Heimgangung an dem letzten Wahltage, welche für die Nationalliberalen eine außerordentliche „Ueberraschung“ war. Sie sprachen von „schamlosen Beeinflussungen“ und dergl. mehr. Allein, so fährt Herr Rittershaus in anerkennenswerth offenerherziger Gesinnung fort:

„Nun, diese Tröstungen hatten einen „sentimentalen“, aber keinen praktischen Werth. Als sie nach einiger Zeit keine Wirkung mehr übten, kamen einige ruhig Gewordene auf den Gedanken, daß vielleicht doch nicht Alles so ausgezeichnet in der Partei bestünde und eine Untersuchung etwaiger Schäden wohl am Platze sei. „Reorganisation!“ Das Wort stand eines Tages verheißungsvoll da. Eifrige Leute schlossen sich ein und studirten das Heidelberger Programm; sie vertieften sich in die Wahltabellen und besaßen sich über die Fehler, welche die Partei auf dem Gewissen hatte. Dann schrieben sie eine Reihe von Vorschlägen nieder, wie nach ihrer Meinung eine Reform erzielt werden könne, und eilten damit zu ihren Freunden. Diese Herren hatten sich auch niedergesetzt, ebenfalls nachgelesen und auch Vorschläge zu Papier gebracht. Nun las man sich gegenseitig vor, was der Geist Sublimen erdachte. Aber, ungleich den fleißigen Männern, welche jener Kaiser gefordert die Schrift übersehen ließ, und die eine so erfreuliche Uebereinstimmung bekundeten, ergaben sich hier die ärgsten Differenzen. „Ihre Reorganisation führt ja die Partei direkt den Freisinnigen in die Arme!“ rief der Eine; „und Ihr Programm ist so konservativ, daß Sie unsere Partei ganz überflüssig machen!“ entgegnete erregt der Andere. Dann kam es noch zu einem furchtbaren Streit über die Frage, ob das Kartell in Zukunft aufrecht erhalten werden sollte oder nicht — der Eine schwor, zu den Konservativen überzugehen und der Andere zu den Freisinnigen — und schließlich trennten sich die Reformatoren in höchstem Zorne.“

Die Schilderung ist von einer köstlichen Naturtreue. Sie spiegelt die völlige Haltlosigkeit dieser verschiedenartigen Elemente, welche vergebens nach einer organischen Verbindung streben, ab. Es liegt ein gewisser weltgeschichtlicher Humor in jenen Aufzeichnungen, und er gipfelt in dem verzweiflungsvollen Bekenntniß des Chefredakteurs in tausend Aengsten, der also lautet:

„Ich war nahe daran, die drei Tages-Ausgaben des „Frankf. Journals“ durch drei verschiedene Redaktionen zu besetzen und so

erscheinen zu lassen: Nr. 1 für Links-Nationalliberale, Nr. 2 für Rechts-Nationalliberale, Nr. 3 für Mittel-Nationalliberale. Aber selbst damit würde ich immer noch nicht allen Schattierungen gerecht: Die Bismarckianer und die Anti-Bismarckianer, die für Miquel und gegen Miquel — welche Kategorie von Blättern durfte ich diesen Leuten zutrauen? Endlich waren da noch die politischen Dilettanten, die in ihren Wochenschriften Zeitartikel schrieben und sich beleidigt fühlten, wenn ich diese Arbeiten nicht acceptirte. Die Artikel hatten zum besten Werth, — nur pflegten sie genau das Gegentheil von dem zu sagen, was die Redaktion als ihre Ansicht mitgetheilt hatte.“

Wenn man sich der drastischen Szenen erinnert, welche sich neulich im Abgeordnetenhaus, also vor versammeltem Kriegsvolk, bei Gelegenheit der dritten Lesung des Einkommensteuergesetzes zwischen dem Finanzminister Miquel und seinen Freunden aus der nationalliberalen Partei abspielten, dann wird man zugestehen, daß Herr Rittershaus sich in der politischen Werthschätzung dieser Mannen nicht im Mindesten geirrt hat. Unseres Dafürhaltens, meint das „B. Z.“, würde sich das Bild von der gänzlichen Zerfahrenheit der nationalliberalen Partei um ein Bedeutendes vervollständigen lassen, wenn sich einmal auch ein anderer Chefredakteur eines nationalliberalen Hauptblattes im Norden des Vaterlandes dazu entschloße, seine Schubkästen zu öffnen. Da würde man auch erbauende Dinge zu hören bekommen. Also vivat sequentes!

Bermischtes.

+ Vom Kochschen Heilmittel. Die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ bringt die folgende Erklärung des Sanitätsraths Dr. Giberz: Bei der Herstellung des Tuberkulins kann nicht mit Sicherheit vermieden werden, daß in seltenen Fällen vereinzelte Tuberkelbazillen in die Flüssigkeit gelangen. Aber diese Bazillen sind durch langdauernde Siedehitze abgetödtet und daher vollkommen unschädlich. Koch sagt zwar in seiner letzten Publikation, daß abgetödtete Tuberkelbazillen unter die Haut gebracht Eiterung erzeugen. Indessen gilt das nur von Aufschwemmungen von Kulturen, also von Tuberkelbazillen in außerordentlicher Menge. Vereinzelte Exemplare derselben erzeugen örtlich keine Reaktion. Ebensovienig allgemeine. In den Blutstrom können sie vom Unterhautzellgewebe nicht gelangen, es sei denn, sie wären direkt in ein Gefäß injicirt. Das Tuberkulin wird aus Reinkulturen von Tuberkelbazillen gewonnen. In dem fertig gestellten Mittel sind daher keine anderen Bakterien vorhanden. Daß zufällig Luftkeime während des Einfüllens in die Flaschen oder später beim Öffnen derselben hineingerathen, ist selbstverständlich möglich. Es wird sich dann fast stets nur um harmlose Mikroorganismen handeln, z. B. gelbe Sazine, die beim ersten Anblick für M. tetragenus oder Staphylococcus aureus gehalten werden kann. Vermehren können sich solche Mikroorganismen hier wegen des starken Glyceringehalts der Flüssigkeit nicht. Das Tuberkulin reagirt stets alkalisch. Aus dem städtischen Krankenhaus am Urban, Abtheilung des Professors A. Fraenkel berichten die Assistenten Dr. Hent und Dr. Meyer, daß sie mit der Lymph, in welcher Tuberkelbazillen nachgewiesen waren, Impfungen in der vorderen Augenlammer, in die Ohrböhre gemacht haben, welche ohne jeglichen Erfolg geblieben sind. Durch diese Untersuchungen erhält die Annahme, daß die in der Lymph gefundenen Tuberkelbazillen abgetödtet seien, ihre volle Bestätigung.

Hochwasser.

—b. Posen, 12. März. Die Warthe ist gestern Abend in Pogorzelle auf 4,99 Meter gestiegen. Hier hat sie die Thurmstraße und den Gerberdamm überschwemmt und in die anderen, schon übersflutheten Straßen ihr Wasser tiefer hinein-

Schwimmende Ausstellungen.

Es scheint, daß der Schneefang, welchen bei uns weitausblühende, den Rahmen des Alltäglichen und Eingewohnten überragende Unternehmungen einschlagen müssen, weil es an solventen Kräften mit Initiative und schöpferischer Opferbereitschaft fehlt, wieder einmal Deutschland einen großen Nachtheil bringen wird, der um so bedauerlicher ist, als die von uns so gern als „smart“ und schlau bezeichneten Amerikaner sich joeben eine geniale deutsche Idee mit edler Dreistigkeit angeeignet haben und ganz in der Stille an die Ausbeutung derselben gehen wollten. Wir meinen die Idee, eine schwimmende Ausstellung zu errichten und fremde Häfen anzulaufen, um den Bürgern anderer Zonen durch Muster vor Augen führen zu können, welcher Leistungen sich das Vaterland rühmen darf. Seit Jahr und Tag hören die Leser von den Vorbereitungen zur Begründung eines großen deutschen Dampfers zu gedachtem Zweck und viele mögen innerhalb dieser Zeit darüber gelächelt haben, daß man eine deutsche schwimmende Ausstellung schaffen will, denn das kritische Absprechen ist ungleich bequemer, als ein gründliches und ernstes Prüfen. Für sie hat der Kaiser vergebens sein bedeutendes Wort gesprochen, daß „unser Zeit unter dem Zeichen des Fortschritts stehe“, ihnen fehlt der Wagemuth, den sie an Engländern und Amerikanern staunend bewundern, dem sie aber Mißtrauen entgegenbringen, wenn ein Landsmann ihn beizt und mit einem großen Gedanken auf den Plan tritt. Die Erklärung dafür ist leicht gegeben. In England und Amerika finden sich für jede neue und vernünftige Idee auch vernünftige Menschen genug, welche ehrlich prüfen und nach erfolgter Ueberzeugung vom Werthe der Idee die entsprechenden und erforderlichen Mittel dafür liquid machen. In Deutschland dauert es so lange, bis man sich herbeiläßt, Geld an ein Neues zu wagen, wenn es überhaupt dazu kommt, daß schließlich das, was als Vorwurf für die an Initiative armen Landsleute gelten sollte, Mißtrauen in dem Werth des Neuen wachruft, „weil sich doch Keiner daran wagt.“ Es will eben Niemand der erste Wagende sein, trotzdem Alle sofort bereit sind zu verdienen, wenn das Nest gebaut ist.

Und so scheint es wieder mit der „Deutschen schwimmenden Ausstellung“ zu werden. Zahlreich sind die Anmeldungen zur Betheiligung, zahlreich die begeisterten Zustimmungen, aber langsam nur geht das Kapital, gehen die Behörden in ihrem

Vertrauen zur Sache vor. Inzwischen hat man sich in Amerika der Idee bemächtigt und in aller Stille eine schwimmende Ausstellungsschiffe vorbereitet. Dort war das Geld dafür sofort zur Stelle. Und bis die klugen Deutschen mit ihren „Wenn's“ und „Aber“, ihren Befürchtungen und ihrem Mißtrauen zu Rande kommen, wird die amerikanische Ausstellung schon lustig auf dem Meere dahin schwimmen und den Deutschen, die nicht an ein Prosperiren der Idee, an die Möglichkeit der Ausführung glauben wollten, wird es gehen, wie Napoleon I., der an den Dampf, als bewegende Kraft, nicht glauben mochte, weil seine Gelehrten es ihm als Unsinn bezeichneten und der sodann auf Sankt Helena schmerzbeengt das erste Dampfschiff sicher und ungefährdet dahinziehen sah. Ist es nicht traurig, daß wir uns diesem Hohn der ganzen Welt aussetzen? Damit man aber nicht glaube, daß die Meldung: Amerika eigne sich die deutsche Idee an, unbeglaubigt sei, wollen wir Näheres über die Sache mittheilen:

Das Unternehmen einer amerikanischen schwimmenden Ausstellung ist von Bostoner Kapitalisten genau nach den Plänen der „Deutschen schwimmenden Ausstellung“ hergerichtet, doch soll es keine private Organisation im Interesse einzelner Fabrikanten und Kaufleute sein, sondern die Absicht liegt vor, durch das Unternehmen ein Mittel zu finden, durch welches die Geschäftsleute der amerikanischen Union dem südamerikanischen Volke zeigen, was die Vereinigten Staaten ihnen alles an fertigen Waaren und Naturprodukten liefern können. Die Ausführung des Unternehmens sollte möglichst geheimnißvoll vor sich gehen; man wollte von der Expedition möglichst wenig Wesen machen, um Andere nicht auf den gleichen Weg hinzulenken. Dieses Vorhaben ist durch Mittheilungen Newyorker Geschäftsleute durchkreuzt. Außer dem amerikanischen Schiff „Macinat“ von 3500 Tons hat man drei englische Schiffe, deren Namen nicht angegeben sind, für das Unternehmen gechartert. Nach dem „Boston Herald“ ist die Gesellschaft von halboffizieller Seite benachrichtigt worden, daß der Marineminister einen der neuen Kreuzer beordern werde, die Armada auf ihrer Reise zu begleiten. Auf den drei Ausstellungsschiffen sollen 400 Abtheilungen hergerichtet werden, deren jede für (nach amerikanischer Bezeichnung) und folgerichtig auch nach amerikanischen Verhältnissen) die geringe Bezahlung von 500 Dollars den einzelnen Ausstellern zur Verfügung gestellt wird. Agenten werden die Ausstellung begleiten, um die Muster zu zeigen und Geschäfte abzuschließen.

Am 15. Mai soll die Ausfahrt der Flotille vor sich gehen. Nachdem Havana als erster Platz besucht ist, soll die Reise direkt nach Brasilien fortgesetzt werden. Man wird nacheinander Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro, Rio Grande de Sul, Montevideo, Buenos Aires besuchen und hierauf den Fluß hinauf nach Rosario dampfen. Auf dem Rückwege sollen die Haupthandelsplätze in Westindien, Venezuela und Mexiko, angelaufen werden.

Aus dem vorstehenden Programm der „Three Americas Company“ geht hervor, daß die Amerikaner das Programm und die sonstigen Schriftstücke der „Deutschen schwimmenden Ausstellung“ sehr gründlich studirt und bei der Ausführung ihres Unternehmens genau die beabsichtigten Maßnahmen desselben kopirt haben. So sehr uns dies schmeicheln könnte, so niederdrückend ist es andererseits für uns, ein anderes zielbewusstes und thatkräftiges Volk bereits an der Arbeit zu sehen, während wir von kleinlichen Gesichtspunkten geleitet, durch Neid oder Mißgunst angestachelt, durch partikularistische Bestrebungen beirrt, uns über das Für und Wider einer Deutschen schwimmenden Ausstellung noch herumzanken.

Wie anders sollen wir es nennen, wenn wir sehen, wie dieselben Gründe, welche die eine Preussische Handelskammer anführt, um dem Handelsminister die Unterstützung des nationalen Werkes zu empfehlen, eine andere veranlassen, dem Minister Zurückhaltung anzurathen.

Den Amerikanern hat noch Niemand den praktischen Sinn abgeprochen, die Aneignung der deutschen Idee in ihrem ganzen Umfange, soweit es sich um die Ausstellung selbst handelt, sollte endlich den Gegnern die Augen öffnen und ihnen klar machen, daß alle Verneinungen nichts nützen, wenn es sich um große Zukunftsideen handelt, die die fortgeschrittene Technik und die sich immer emporhehrenden Beziehungen der Völker zur Reise gebracht hat.

Die schwimmenden Ausstellungen, das Vernunftsgemäße, sind nicht mehr aus der Welt zu schaffen, sie werden ihre Anhänger bei allen handeltreibenden Nationen finden. Deutschland, das Vaterland der Idee, sieht sich jetzt schon in die zweite Linie gedrängt, und es wäre kein Wunder, wenn es in diesem friedlichen Wettkampf aller Kulturvölker, nachdem es die in der Hand gehabte Führung verloren hat, als Letztes hinterher hinkt. Hoffen wir, daß noch in letzter Stunde gerettet und nachgeholt wird, was zu retten und nachzuholen ist.

gehandt. Es mußten in Folge dessen noch Abends 36 Familien ihre Wohnungen räumen und die Behörden für deren Unterbringung Sorge tragen. Heute Morgen hat die Warthe hier 4,84 Meter Höhe erreicht. Beim Städtchen führt heute Herr Regierungsbaumeister v. Norman von dem Dampfer „Möwe“ aus Geschwindigkeitsmessungen auf der Warthe aus.

Lothales.

Posen, 12. März.

a. Die hiesige Aktien-Gesellschaft „Naphta“ und Erdwachs-Vergab zu Rymanowo (Galizien) hielt am 10. d. M. hierseits ihre Generalversammlung unter Vorsitz des Herrn Wlad. Jędrzejewicz ab. Aus dem von dem Grafen Sektors Kwieciec erstatteten Bericht ergab sich, daß die Gesellschaft einen Verlust von 126 992 M. (d. h. von mehr als 25 Prozent des Anlagekapitals) erlitten hat; dieser Verlust wird hauptsächlich dem Umstande zugeschrieben, daß es an der erforderlichen Kenntnis des Unternehmens gefehlt hat, und daß das Vertrauen auf eine bestimmte geologische Autorität in Galizien getäuscht worden ist.

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

* **Reisse, 11. März.** [Der Gesamtbetrag der von dem Reichsbankvorsteher Mayer veruntreuten Gelder] beläuft sich wie die „Schlesische Zeitung“ jetzt mitteilt, nach amtlicher Schätzung auf 245 000 Mark. Ein hiesiger Bürger ist auf ein Gefälligkeitsaccept um 50 000 Mark geschädigt. Die Reichsbank hat durch ihren hiesigen Vertreter, Justizrath Bischof gestern das gesamte Vermögen Mayer's pfänden lassen, auch haben die Gläubiger die Konkursöffnung beantragt. Die Entdeckung der Wechselfälschungen ist durch den Vorstand der Reisser Kommandite der Schlesischen Bank erfolgt, der einen angeblich auf den Baumeister Ronge in Reisse lautenden Wechsel besaß und gelegentlich einer privaten Unterhaltung im Laufe der vergangenen Woche von Ronge erfuhr, daß dessen Unterschrift unter jenem Wechsel gefälscht sei. Es wurde daraufhin an geeigneter Stelle die Meldung erteilt, welche die Entlarvung des Mayer zur Folge hatte. — Die Verwaltung der Reichsbankniederstelle ist provisorisch dem Reichsbankbuchhalter Perls übertragen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Danzig, 11. März. An Stelle des verstorbenen Rittergutsbesizers Pohl-Senslau wurde heute der Rittergutsbesitzer von Graß-Klamin zum Mitgliede des Herrenhauses gewählt.

München, 11. März. Der Prinzregent mit sämtlichen Prinzen und Herzögen des königlichen Hauses, dem Kriegsminister und den Militärattachés nahm heute auf dem Maximilianplatz eine Galafirenparade der gesamten Gar-nison ab. Nach dem Familienempfang fand Gottesdienst in der Residenzkirche statt. — Später erteilte der Prinzregent dem päpstlichen Nuntius Agliardi eine Privataudienz, welche dieser besonders nachgesucht hatte, um dem Prinzen den päpstlichen Segen zu überbringen. Im Laufe des Vormittags empfing der Subilar auch den russischen Gesandten, Grafen von der Osten-Sacken, welcher die Glückwünsche seines Monarchen übermittelte, sowie das Ministerium und das gesamte diplomatische Korps, welches eine prachtvoll ausgestattete Adresse überreichte. Das Wetter ist regnerisch.

München, 11. März. Der Prinzregent nahm Nachmittags im Thronsaal die von Zöglingen der hiesigen Volksschulen dargebrachte Ovation herzlich dankend entgegen und wohnte sodann der Vorstellung der „Puppenfee“ bei, welche für etwa 1500 Knaben und Mädchen aus den Volksschulen im Hoftheater veranstaltet war. Der Prinzregent wurde bei seinem Eintritt von dem anwesenden Publikum und den Kindern enthusiastisch begrüßt. — Sämtliche Abendblätter bringen Festartikel und Huldigungsgedichte. Die Plätze und Straßen sind festlich geschmückt, die öffentlichen und fast alle privaten Gebäude sind prächtig decorirt. Von nah und fern treffen Vereine und Deputationen in großer Anzahl hier ein. In den Straßen wogt trotz des mit Schnee gemischten Regens eine dicht gedrängte Menschenmenge.

Wittich, 11. März. Der Streik in den Stahlwerken von Cockerill dauert fort; die Hälfte der Arbeiter ist ausständig. Morgen findet eine Sitzung des Schiedsgerichtes statt. Die Arbeiter verhalten sich ruhig.

Paris, 11. März. Wie verlautet, wird durch das eng-lisch-französische Abkommen betreffend Neu-Fundland, das heute im auswärtigen Amt in London unterzeichnet werden soll, der status quo aufrechterhalten bis dahin, wo die Angelegenheit durch einen Schiedspruch geregelt ist, der durch zu ernennende Schiedsrichter gefällt werden soll.

Der diesseitige Botschafter in Berlin Herbet eruchte den Minister des Auswärtigen Ribot, die Nachricht, daß er mit irgendwelchen Berichterstattern eines Journals bezüglich der Beihilgung der französischen Maler an der internationalen Berliner Kunstausstellung eine Unterredung gehabt habe, als falsch zu bezeichnen.

Paris, 11. März. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Tunis ist in Mangel bei Gabes die Synagoge eingestürzt, wobei eine größere Anzahl Kinder verschüttet wurde. Bisher wurden vier Leichen unter den Trümmern aufgefunden.

London, 11. März. Das Unterhaus nahm einstimmig in zweiter Lesung die von Jesse Collings eingebrachte Vorlage an, durch welche die Lokalbehörden ermächtigt werden, Land anzukaufen und dasselbe als Meiereien in einem fünfzig Acker nicht übersteigenden Umfang zu verkaufen oder in Parzellen bis zu 10 Acker Umfang zu verpachten. Das Schatzamt soll den Lokalbehörden die dafür erforderlichen Gelder vorstrecken, die für die Ausführung des Gesetzes erforderlichen Kosten sollen aus den Lokalabgaben bestritten werden. Die Regierung hatte sich im Prinzip für die Vorlage ausgesprochen.

London, 11. März. Kaiserin Friedrich sowie Prinzessin Margarethe nahmen gestern Abend anlässlich des Jahrestages

der Vermählung des Prinzen und der Prinzessin von Wales an einem Familiendiner bei dem Prinzenpaare bei Marlborough-House Theil.

London, 11. März. Unter Vorsitz Justin Mc. Carthys fand gestern in Dublin eine Versammlung zur Gründung einer irischen nationalen Föderation statt. Achtzehn Abgeordnete waren anwesend. Im Laufe der Verhandlungen wurde ein zustimmendes Schreiben der irischen Erzbischöfe verlesen. Nach den provisorischen Statuten wird ein Exekutiv-Ausschuß von 15 Mitgliedern bis zu den Parlamentswahlen eingesetzt.

Konstantinopel, 10. März. Die Ratifikationen zu dem deutsch-türkischen Handelsvertrage vom 26. August v. J. sind gestern hier ausgetauscht worden. Dem Vernehmen nach werden die in dem Vertragstarif vorgesehenen Erhöhungen der türkischen Eingangszölle nicht sogleich in Kraft gesetzt werden.

Hamburg, 11. März. Der Postdampfer „Athenia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von Hamburg kommend, am 9. d. in St. Thomas eingetroffen.

Der Schnelldampfer „Augusta Viktoria“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist gestern Abend von Neapel nach Vissabon weitergegangen.

Berlin, 12. März. Der Zustand des erkrankten Abg. Windthorst ist nach Erkundigungen, welche gestern Nacht eingebracht wurden, ernst, aber nicht hoffnungslos. Der Kräftezustand ist noch gut, augenblicklich herrscht keine Gefahr.

Berlin, 12. März. Die Sperrgelderkommission des Abgeordnetenhauses genehmigte gestern den Artikel III. in der Fassung Kardorff, wonach über die Bewilligung der in Artikel II. erwähnten Beträge innerhalb jeder Diözese eine fünfgliedrige Kommission beschließt. Die Mitglieder werden vom Kultusminister im Einvernehmen mit den Diözesanoberen ernannt, die Kommission ist, wenn drei Mitglieder anwesend sind, beschlußfähig, den Vorsitzenden bestimmt der Kultusminister. Der Artikel IV. wurde im wesentlichen nach dem bekannten Antrage der Konservativen mit einer Abänderung dahin angenommen, daß eine dreimonatliche Präklusivfrist für Anträge auf Bewilligung bestimmt ist. Fortsetzung morgen.

München, 12. März. Der Prinzregent erwiderte die Glückwunschadresse des Ministeriums mit einem Dankschreiben, worin er das Gedeihen des Landes, seinen regsten Antheil an den Aufgaben, die reichsfreundlichen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten zu erhalten, die Mehrung des inneren Friedens, die Parität der Konfessionen, die Entwicklung von Wissenschaft, Kunst, Handwerk, den wachsenden Verkehr und die blühende Industrie, sowie den guten Stand der Finanzen und der Armee hervorhebt und seine Befriedigung über die Verwaltung ausspricht, die solche Erfolge herbeigeführt habe.

Stockholm, 12. März. Die zweite Kammer nahm die Grundgesetzworlage an, durch welche die Zahl der Deputirten der ersten Kammer auf 150 und die der zweiten Kammer auf 225 festgestellt wird. Von den Deputirten der zweiten Kammer werden 75 von Städten und 150 von den Provinzen gewählt. Der Beschluß entspricht dem vor einigen Tagen von der ersten Kammer gefassten.

Rom, 11. März. In der Kammer erklärte Rudini als Antwort auf eine Interpellation Barzilai, er habe keine Kenntniß von angeblichen für Italien beleidigenden Akten der österreichischen Behörden. Auch die österreichische Regierung wisse nichts davon. Die Regierung lege so großen Werth auf dauernde Erhaltung der Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn, daß sie dies selbst mit Verlust der Regierungsgewalt bezahlen würde. Barzilai, der Informationen aus offiziellen österreichischen Blättern geschöpft zu haben behauptete, forderte den Minister-Präsidenten auf, Genugthuung zu verlangen. Rudini erwiderte, er werde sich informieren und nöthigen Falls Genugthuung verlangen. Barzilai nahm diese Antwort zur Kenntniß. Auf eine Interpellation Prinettis und Cavallotti betreffs der Vorgänge in Massana erwiderte Rudini, daß gegen Livraghi bereits Anklage erhoben, außerdem von der Regierung eine sieben-gliedrige Kommission bereits eingesetzt sei, um wegen aller Handlungen der Regierungsbeamten, gleichviel welchen Ranges, Untersuchung anzustellen. Der Antrag Caglianinis auf parlamentarische Untersuchung wurde schließlich zurückgezogen.

Angekommene Fremde.

Posen, 12. März.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Frau v. Gersdorff aus Popowo, v. Kozorowski aus Witoslaw, Wahn aus M. Lubowice, Treppmacher aus Wulka, Spielmann aus Breschen und v. Barczewski aus Grabianowo und die Kaufleute Frommelt aus Schwarzenberg, Zimmermann aus Mad bei Tofay, Dreifuß aus Chang de Fond, Krug aus Frankfurt a. M., Hohenstein und Sohn aus Stettin, Weber aus Karlsbad, Ritterbusch, Aufrichtig, Witte, Salinger und Voemy aus Berlin, Friedrich aus Breslau, Ahlers aus Hamburg, Belzold und Krause aus Blauen, Blumenthal aus Nürnberg, Redelbach aus Pleschen und Wölfe aus Nürnberg.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Rittergutsbesitzer Thurm aus Herzogswalde i. Sachsen, Direktor Tob aus Schwedt, Brauereibesitzer Roloff aus Schwiebus, Versicherungsagent Büchtemann aus Frankfurt a. M., Privatier Walter aus Angermünde, Arzt Dr. Uibers aus Wien, die Fabrikanten Ranke aus Baugern und Peterlen aus Danzig, die Kaufleute Wagemann aus Oldenburg, Stark aus Barmen, Coiffier aus Cognac, Schindler, Orbach, Bauerbin, Kristeller und Priden aus Berlin.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Boninski aus Koscielce, Roszczynski und Frau aus Przysieka, Baltizewski aus Gembic, Zablocki aus Ofiel, Chlapowski aus Kurzogora, Taczanowski aus Wytin, Djonski aus Rajmowo, Martiewicz aus Orlenie, Sczaniecki aus Rawra, Koscielski aus Sepno, Grubzielski aus Czarnotula, Jatzewski und Sohn aus Wissa, Frau Wierzy-chowska aus Granowlo, Legis aus Sojowo, Direktor Grabski aus Snowrazlaw, Rechtsanwält Dr. Hailliant aus Bromberg.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Rittergutsbesitzer Graf Storzewski aus Czerniejewo, v. Stabrowski I. aus Linde, v. Czamelli aus Michorewo, v. Stabrowski II. aus Sachzin, Ingenieur Schra-

der aus Danzig, Thierarzt Nowacki aus Breschen, Kaufmann Wulach aus Hamburg und Privatier Robinska und Tochter aus Krolestwa.

Hotel Bellevue (H. Goldbach). Die Kaufleute Arnstein, Gentich, John, Rosenzweig und Eberhardt aus Berlin, Neesen aus Köln, Sigismund aus Breslau, Seimert aus Frankfurt a. O., und Selleneit aus Ratibor, Fabrikbesitzer Albert aus Hohenstein, Fabrikant Finger aus Pfaffendorf und Oberinspektor Rabitz aus Siedlec.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Die Rittergutsbesitzer Frau v. Jostowska aus Popowo, Frau v. Lewicka aus Galizien, Dr. v. Hulewicz aus Gorzylowo, v. Hulewicz aus Koscianki, von Roszczynski aus Gembowo, v. Krzyztoporski aus Doboryn, von Ryckowski aus Wlzyce, v. Ryckowski aus Wlzyce Rybno und Komanski aus Wlzyce, Baumeister Gorgolewski aus Halle a. S., die Oberförster Borczynski aus Mch, Lufowski aus Kotosowo, Lufowski aus Wlzyce Vor und Janas aus Golanec, die Guts-pächter Gulenfeld aus Breschen und Szumski aus Grylewo, Techniker v. Sotolnicki aus Biglowice und Gutsbesitzer v. Wefierski aus Pianowka.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Nabel aus Hamburg, Abramczyk aus Treuen, Landsberger, Silbermann, Löwenberg aus Berlin und Battré aus Bremen.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Rafowski aus Obornik, Brinizer aus Breslau, Raz aus Janowik, Cohn und Cheim aus Znin, Frau Jainska aus Russisch-Polen, die Baumeister Grokmann und Nowicki und Frau aus Obornik.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Rechnungsführer Rafinski aus Kollin, Gutsbesitzer Scholz aus Wiegitz, Hoflieferant Frölich mit Frau aus Sagan, Photograph Sorecki aus Straßburg, Partikulier Czarnowski aus Pottarowo, die Lehrerinnen Horn und Jösch aus Wisnow.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Greier, Ziegler und Meier aus Berlin, Mirisch aus Ohlau, Gerlach aus Neustadt, Bogt aus Peterzwalbau, Gutsbesitzer Witte aus Gnesen, Expeditur Bepter aus Baf, die Molterebesitzer Hermann Stier aus Schwarzenau, Karl Stier aus Solofnik, Student Sobin aus Breslau.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Fabich aus Breslau, Fischer aus Offenbach, Verndt aus Posen, Zriska aus Grlitz, Wolscher aus Jastrow, Rang aus Berlin, Heinrich aus Stettin.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute Berg aus Kottbus, Stam aus Wolfenbüttel, Gutsche aus Glorersdorf, Jonas aus Rogasen, Kempinski und Lehmann aus Berlin, Alt aus Brimkenau, Inspektor Thomas aus Winger, Schneidemeister Wozny aus Schroda, die Landwirthe M. Majchrzycki und J. Majchrzycki aus Marcivice.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seeshöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. t. Cels. Grad.
11. Nachm. 2	740,0	SO stark	heiter	+12,2
11. Abends 9	741,4	SW stark	heiter	+7,8
12. Morgs. 7	746,7	W frisch	bedeckt	+5,6

Am 11. März Wärme-Maximum +12,7° Cels.

Am 11. = Wärme-Minimum +4,0° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. März Morgens 4,50 Meter.
= 11. = Mittags 4,56 =
= 12. = Morgens 4,84 =

Donnerstag, 12. März, Abends 8 Uhr, Lambert'scher Saal.

I. Experimental-Abend (auch für Damen). G. Dähne.

Wärmewirkungen starker elektr. Ströme. Die Polarisation des Lichts (zahlreiche ganz neue, glanzvolle Versuche). Totalreflexion elektr. Lichtes im ausfließenden Wasserstrahle, nach Dubacq und Colladon u. f. w.

Freitag, den 13. März,

Lehter Abend. Neues Programm.

Beide Abende: Nummerirter Sitz M. 3, offener Platz M. 1,50. (Schüler M. 1.) Ein Abend: M. 2, 1. (Schüler 70 Bfg.) Karten in d. Buchhdlg. v. Bote & Bock u. Abends am Eingange.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 11. März. Fest. 3 1/2 %ige L.-Pfundbriefe 97,70, 4 %ige ungarische Goldrente 92,60, Konsolidirte Türken 19,10, Türkische Loose 80,00, Breslauer Diskontobank 105,50, Breslauer Wechselbank 102,75, Schlesischer Bankverein 122,00, Kreditaktien 175,25, Donnerstagsmarkt 84,25, Oberschlesische Eisenbahn 72,50, Oppelner Zement 99,50, Kramsta —, Laurahütte 126,00, Verein. Delfabr. 106,75, Oesterreichische Banknoten 177,35, Russische Banknoten 240,00.

Schlef. Zinkaktien 190,00, Oberschlef. Portland-Zement 110,00, Archimedes —, Rattomirer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 128,50, Flöthner Maschinenbau 111,25.

Frankfurt a. M., 11. März (Schluß). Fest.

Gold. Wechsel 20,375, 4proz. Reichsanleihe 106,50, 3proz. —, öfter. Silberrente 81,60, 4proz. Papierrente 81,50, do. 5proz. 90,60, do. 4proz. Goldrente 97,60, 1860er Loose 126,70, 4proz. ungar. Goldrente 92,80, Italiener 94,50, 1880er Russen 99,00, 2. Orientanl. 75,90, 3. Orientanl. 76,90, unisiz. Egypter 97,80, 3 1/2 % 93,70, lomb. Türken 19,10, 4proz. türk. Anl. 85,40, 3 % portug. Anl. 57,00, 5proz. ierb. Rente 91,40, 5proz. amort. Rumänier 99,90, 6proz. konj. Mexik. 88,10, Böhm. Westb. 90,75, Böhm. Nordbahn 180 1/2, Zentral-Pacific 109,20, Franzosen 218, Galizier 188 1/2, Gotthardbahn 154,30, Gess. Ludwigsh. 115,80, Combarben 114 1/2, Lübeck-Büchen 165,50, Nordwestb. 191 1/2, Kreditakt. 272 1/2, Darmstädter 149,60, Mitteld. Kredit 107,50, Reichsb. 141,00, Diskonto-Kommandit 204,90, Dresdner Bank 154,60.

Produkten-Kurse.

Köln, 11. März. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 21,50, do. fremder loco 23,00, per März 21,50, per Mai 21,95. Roggen hiesiger loco 18,00, fremder loco 20,25, per März 18,80, per Mai 18,85. Hafer hiesiger loco 16,75, fremder 17,00. Rüböl loco 63,50, per Mai 62,50, per Oktober 64,50.

Hamburg, 11. März. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinischer loco neuer 194—202. Roggen loco rubig, medlen-burg. loco neuer 185—190, russischer loco rubig, 132—136. Hafer rubig. — Gerste rubig. — Rüböl (unverzollt) fest, loco 61,00. — Spiritus still, per März 35 1/2 Br., per April-Mai 35 1/2 Br., per Juli-August 36 1/2 Br., per September-Oktober 36 1/2 Br. Kaffee fest. Umfag 3000 Csd. Petroleum rubig. Standard white loco 6,60 Br., per August-Dezember 6,85 Br. — Wetter: Regen, sehr neblig.

Hamburg, 11. März. Zudermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzuder I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Uance, frei

